

Haushalt und Finanzen

DAS BISSCHEN HAUSHALT

**BRAND
GRÜN
29.18**



IM BRANDENBURGER LANDTAG

Wo was steht

Grünes Thema

Das bisschen Haushalt
S. 4

E-Government und Open Data

Mehr Transparenz jetzt!
S. 12

Illegale Müllhalden

Bergehoch und brandgefährlich
S. 14

Grüne Grafik

Spargelanbau unter Folie
S. 16

Lehramt

Quer eingestiegen, gut ausgebildet
S. 18

Braunkohle

Zwischen neuem Minister und
Kohlekommission
S. 20

Güterverkehr

Von der Straße auf die Schiene
S. 22

Grün im Gespräch

mit dem Umweltschützer
Winfried Böhrer
S. 24

Grünes Gericht

Apfelpuffer
S. 26

Grüne Termine

S. 28

Das letzte Wort hat ...

S. 30

Liebe Leserin,
liebes Lesen!

in diesem Herbst und Winter wird der Landtag den letzten Haushalt in dieser Wahlperiode diskutieren und beschließen, den Doppelhaushalt 2019/2020. Ein Vermächtnis für die Zukunft! In diesem Heft wollen wir erklären, wo die Probleme bei dem „bisschen Haushalt“ in Brandenburg liegen und welche Ideen wir in die Diskussion einbringen.

Das ist aber bei weitem nicht alles: Wie sieht eine moderne Verwaltung aus? Was bedeutet „Open Data“? Was hat die Kohlekommission bisher so gemacht? Welche Probleme bringt der Spargelanbau unter Folie mit sich? Warum sind illegale Müllhalden so gefährlich? Was sind SeiteneinsteigerInnen? Und wieso setzen die Bündnisgrünen auf die Schiene statt auf die Straße?

All diese Fragen stellt – und beantwortet – unsere aktuelle brandGRÜN. Wir wünschen viele neue Erkenntnisse bei der Lektüre!



Ihre Ursula Nonnemacher



Ihr Axel Vogel

PS: Das Neueste über unsere politische Arbeit gibt's online unter twitter.com/GrueneLTBB, instagram.com/GrueneLTBB und facebook.com/GrueneLandtagBB

DAS BISSCHEN HAUSHALT



„Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ginge es Brandenburg wirtschaftlich richtig gut. Immer mehr Menschen finden Arbeit, die Steuereinnahmen boomen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die finanzielle Unterstützung durch EU und Bund schrumpft, das schmälert unseren Handlungsspielraum. Der Weg in neue Schulden ist für das hoch verschuldete Brandenburg durch die Schuldenbremse des Grundgesetzes versperrt. Der Finanzminister will trotz Hochkonjunktur massiv in die Rücklagen greifen, um die kommenden Haushalte zu finanzieren. Die nächste Regierung darf es dann wieder ausbügeln. Eine solide Finanzpolitik für künftige Generationen sieht anders aus.“

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender

DARF'S EIN BISSCHEN MEHR SEIN?



Die Einnahmen des Landes wachsen seit Jahren. Für 2020 wird das Land sagenhafte 1,4 Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen verzeichnen als für 2017. Das Haushaltsvolumen wächst aber nur um rund 850 Millionen Euro auf 12,8 Milliarden Euro an, da zugleich die Zuweisungen des Bundes schrumpfen.

Aber diese guten Zahlen täuschen. Obwohl es wirtschaftlich aufwärts geht, liegen Steuerkraft, Einkommen und Vermögen in Brandenburg immer noch deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau. Noch schlimmer: Im Bundesvergleich sinkt seit 2014 das relative Pro-Kopf-Einkommen. So wird Brandenburg nie zum bundesdeutschen Durchschnitt aufschließen und ewiger Kostgänger des Bundes bleiben.

Hinzu kommt: Eine einheitliche Entwicklung in Brandenburg gibt es nicht. Während die unmittelbare Hauptstadtregion wächst, schrumpfen unverändert berlinferne Dörfer und Kleinstädte. Einzelne Gemeinden im Berliner Umland haben zwischen 2000 und 2014 ein Bevölkerungswachstum von bis zu 20 Prozent erlebt, andere starten jetzt erst durch, wieder andere stehen wegen Überschuldung unter Haushaltsaufsicht und drohen, den Anschluss zu verlieren.



Und nicht zu vergessen: Unverändert bedrohen Risiken wie steigende Kreditzinsen oder steigende Pensionslasten zukünftige Haushalte. Die hohen Rekultivierungskosten in den Braunkohlegebieten sind genauso wie mögliche Folgekosten am Flughafen BER bis heute nicht ausreichend abgesichert. Das hatte und hat auch weiter Konsequenzen für den Landeshaushalt.

Vieles, was in anderen Bundesländern gang und gäbe ist, können wir uns bisher nicht leisten.

So verfügen wir über keine Medizinische Hochschule oder hinken bei der Beitragsfreiheit für Kitas hinterher. Wirklich gravierend aber ist, dass in den letzten Jahren nicht einmal der Werteverzehr in der staatlichen Infrastruktur ausgeglichen wurde, und noch schlimmer, dass der Personalbestand im Landesdienst massiv ausgedünnt wurde.

Nun fehlen an allen Ecken und Enden PolizistInnen, LehrerInnen, RichterInnen und Verwaltungsfachkräfte. Der Skandal um die unzureichend ausgestattete Medikamentenaufsicht hat die Folgen des Personalmangels exemplarisch deutlich gemacht.



Das muss jetzt dringend korrigiert werden. Die sich bietenden Chancen gestiegener Einnahmen optimal zu nutzen und gleichzeitig die Risiken zu minimieren, das ist die Herausforderung, vor der das Land finanzpolitisch steht.

Das heißt für uns, die Mehreinnahmen auf die Bereiche Schule, Hochschule, Kinderbetreuung und Justiz zu konzentrieren. Wir wollen den Werteverzehr des Landesvermögens erfassen und ausgleichen. Deutlich mehr Investitionen müssen in den Regionalverkehr und den Breitbandausbau fließen. Die Kommunen in Brandenburg müssen ihre volle finanzielle Souveränität wiedererlangen und im Berliner Umland das Wachstum meistern können. Wir setzen uns daher für eine schnelle Teilentschuldung finanzschwacher Kommunen und einen bedarfsorientierten kommunalen Finanzausgleich ein. Die Fertigstellung des BER soll ohne weitere Steuererfolge, die Braunkohlesanierung muss von den Stromerzeugern abgesichert werden.



ETATRECHT – WIRKLICH EIN KÖNIGSRECHT?



Was taugt das beste Regierungsprogramm, wenn die Mittel zu dessen Umsetzung fehlen? Nichts! Deswegen gilt das Etatrecht auch als „Königsrecht“ des Parlaments. Erst mit dem Recht, den Haushalt bis ins Detail hinein zu beschließen und dessen Ausführung durch die Regierung zu überwachen, wird der Landtag zum machtvollen Vertreter des Wahlvolks.

Theoretisch funktioniert das alles bestens, allein mit der Praxis hapert es. In einer detailgenauen Auswertung für das Haushaltsjahr 2015 stellte der Landesrechnungshof fest, dass die Bindung der Landesregierung an den Haushaltsplan durch legale Haushaltsinstrumente wie die Bildung von Verwaltungsbudgets und Rücklagen, Übertragbarkeiten, Deckungsfähigkeiten und Haushaltsvermerke erheblich eingeschränkt ist.

So konnte das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport durch weitreichende Deckungsvermerke bis zu 96 Prozent seiner Gelder zwischen den einzelnen Ausgabenposten hin und her verschieben, ohne den Landtag zu fragen. Durch die Bildung von Rücklagen können diese Gelder zum Teil sogar in Folgejahre verschoben werden. Damit wird die Steuerungs- und Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung zwangsläufig eingeschränkt und der Haushaltsplan intransparent. Daran ändert sich auch im Entwurf zum Doppelhaushalt 2019/2020 nichts.

Ein spezielles Instrument, um das Parlament auszubremsen, sind sogenannte „Globale Minderausgaben“ (GMA) für einzelne Ressorts. Diese stehen als Platzhalter für Haushaltskürzungen in den Einzelplänen. Die Einsparungen müssen dann im laufenden Haushaltsvoll-



zug erwirtschaftet werden – wo genau, das entscheiden die Ministerien alleine. So täuscht der Landeshaushalt eine bessere Finanzausstattung vor als real gegeben. Da stehen dann zum Beispiel Gelder für die Altlastensanierung, Wirtschaftsförderung oder den Klimaschutz in der Planung. Ob die Gelder dann aber tatsächlich ausgegeben werden oder zur Abdeckung der GMA gestrichen werden, ist völlig ungewiss. Je höher die GMA ausfallen, umso mehr Kürzungen muss es geben. So sollen beispielsweise im Wirtschaftsministerium im nächsten Jahr 20,5 Millionen Euro, im Bereich Landwirtschaft und Umwelt 9,4 Millionen Euro und im Bereich Wissenschaft und Kultur 6 Millionen Euro unspezifisch eingespart werden.

Der Ehrlichkeit halber aber muss gesagt werden: Der Landtag hätte es alleine in der Hand, diese Praxis zu beenden. Dann aber müsste die Mehrheit politisch bestimmen, wo genau gekürzt werden soll. Dazu fehlt den Regierungsfractionen aber offenkundig die Traute.

DER RECHNUNGSHOF: MEHR ALS KONTROLLE



Die Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung und Gerichten kennt jede und jeder. Wenig bekannt aber ist, dass auch der Brandenburger Landesrechnungshof ein Verfassungsorgan ist. Er ist eine von Regierung und Landtag unabhängige Institution zur Prüfung von deren Haushaltsführung, aber auch zu deren Beratung.

Selten hat der Rechnungshof es geschafft, mit einem Bericht so große Aufmerksamkeit zu erhalten wie mit seinem Sonderbericht zum Versagen der Landesregierungen beim BER-Desaster. Die im Landtag breit diskutierten Jahresberichte des Rechnungshofs stoßen dagegen in den Medien nur auf geringe Aufmerksamkeit. So hat der Landesrechnungshof im letzten Jahr zum Beispiel das Wohnungsbauvermögen des Landes, Programme zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude und die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen kontrolliert. Außerdem hat er einen Sonderbericht zur Abstufung von mehr als 2000 Kilometern Landesstraßen zu Kreisstraßen und deren Übertragung auf die Kommunen angefertigt.

Aktuell besonders wichtig ist das Sondergutachten des Rechnungshofs zur Ausgestaltung der ab 2020 geltenden Schuldenbremse. Seit Jahren drängt der Präsident des Landesrechnungshofs mit uns auf deren Verankerung in der Brandenburger Verfassung. Nur so kann die Opposition Ausnahmen vom Neuverschuldungsverbot auch vom Verfassungsgericht überprüfen lassen.

LANDES- RECHNUNGSHOF

Rechnungshöfe prüfen aber nicht nur Landesregierungen, sondern auch Anstalten des öffentlichen Rechts wie zum Beispiel Studentenwerke oder Kammern. In Brandenburg jedoch mit einer Ausnahme: Industrie- und Handelskammern (IHKen) dürfen laut IHK-Gesetz nicht geprüft werden. Gegen eine solche externe Prüfung wehren sich die IHKen mit Unterstützung von CDU und SPD bislang erfolgreich. Und dies, obwohl die bundesweite Rechtsprechung ein solches Prüfverbot für verfassungswidrig hält. Das spezielle Brandenburger Prüfverbot in unserem IHK-Gesetz muss daher ersatzlos gestrichen werden. Die von unserer Fraktion dazu in den Landtag eingebrachte Gesetzesänderung schmort immer noch in den Ausschüssen. Hoffentlich nicht mehr lange.

MEHR TRANSPARENZ JETZT!



Wollen Sie sich schnell einen Überblick über die Feinstaubbelastung in Ihrer Kommune verschaffen? Oder wollen Sie wissen, wie viele QuereinsteigerInnen an welchen Brandenburger Schulen unterrichten? Oder welche Verträge das Land Brandenburg abgeschlossen hat, und wie viel Geld dabei jeweils fließt? Für solche Informationen müssen Sie in Brandenburg bisher einen Antrag auf Akteneinsicht stellen und dafür Gebühren bezahlen. Anders in anderen Bundesländern: In Hamburg sind solche Daten im Sinne von Open Data grundsätzlich öffentlich und stehen für alle einsehbar im Internet. Möglich wurde das durch ein Transparenzgesetz, das von der Hamburger Bürgerschaft schon 2012 einstimmig beschlossen wurde. In unserem Nachbarland Berlin gibt es immerhin ein Open-Data-Portal, in das Behörden entsprechende Informationen freiwillig einstellen. Eigentlich besteht auch dort schon eine Veröffentlichungspflicht wie in Hamburg. Sie wurde 2016 im Rahmen des Berliner E-Government-Gesetzes beschlossen, ist aber noch nicht wirksam.

Wir Bündnisgrüne wollen mehr Transparenz im Sinne von Open Data auch für Brandenburg. Wir wollen öffentliche Verwaltungen und Behörden gesetzlich verpflichten, ihre Daten kostenfrei und maschinenlesbar im Internet zur Verfügung zu stellen. Ausgenommen sind natürlich personenbezogene Daten. Durch maschinenlesbare, freie Formate können Informationen problemlos weiterverarbeitet werden, beispielsweise, um Grafiken zu erstellen oder verschiedene Datensätze zusammenzuführen. Das wäre sowohl für Bürgerinitiativen als auch für die Privatwirtschaft sehr nützlich. Eine solche Erweiterung der Informationsfreiheit würde auch sehr gut zu Brandenburg passen. Denn unseres war das erste Bundesland, das 1998 ein Akteneinsichts- und Informationsfreiheitsgesetz verab-

schiedete. Schon vor zwei Jahren hat unsere Fraktion die Landesregierung aufgefordert, das Open-Data-Prinzip einzuführen.

Um die Veröffentlichungspflicht von Verwaltungsdaten im Gesetz zu verankern, haben wir aktuell einen entsprechenden Änderungsantrag zum Brandenburgischen E-Government-Gesetzentwurf gestellt. Mit dem überfälligen E-Government-Gesetz soll endlich die Digitalisierung in Brandenburgs Behörden vorangebracht werden. Ergänzt um das Open-Data-Prinzip wäre es für BürgerInnen und Wirtschaft von noch größerem Nutzen.

Was bedeutet eigentlich ... ?

Open Data („offene Daten“): Daten, die von jedem und jeder für jegliche Zwecke genutzt, weiterverarbeitet und weiterverbreitet werden können. Häufig sind vor allem Behördendaten gemeint.

E-Government („elektronische Regierung“): Abläufe innerhalb Regierung und Verwaltung werden mit Hilfe neuer Informations- und Kommunikationstechniken modernisiert.

BERGEHOCH UND BRANDGEFÄHRLICH



Der trockene, heiße Sommer, den Brandenburg in diesem Jahr erlebte, war brandgefährlich – im wahrsten Sinne des Wortes. Mehrere Großbrände hielten das Land in Atem, darunter auch gleich zwei Brände in einem Senftenberger Reifenlager. Die Lagerstätte ist eine von zahlreichen illegalen Müllhalden im Land. Viele davon begannen einst als legale Deponien, deren BetreiberInnen dann Insolvenz anmeldeten – teils aus wirtschaftlichen Gründen, teils aber auch mit kriminellen Motiven. Von vielen Halden geht eine besondere Brandgefahr aus, denn dort kann sich Feuer sehr schnell ausbreiten, können extrem hohe Temperaturen entstehen und gefährliche Gase freigesetzt werden. Einige liegen im oder am Wald und steigern die Waldbrandgefahr enorm.

Unser Abgeordneter Benjamin Raschke unterwegs auf seiner Tour „Abfuhr für illegalen Müll“
#MüllAbfuhr

Weitere Informationen zu illegalen Müllhalden auch unter muelltrausch.de

© www.diegrünen.de | dipl.-Ing. Marko Pichtmaier

Das sind aber nicht die einzigen Gesundheitsgefahren, die die illegalen Müllhaufen bergen. Das zeigt beispielsweise der Fall Lindower Heide, wo erst durch ein Gerichtsverfahren öffentlich wurde, dass jahrelang toxische Stoffe wie Bor in hoher Konzentration ins Grundwasser geraten sind. Zuvor hatte Umweltminister Vogelsänger stets Gefährdungen durch illegale Halden ausgeschlossen. Für Vogelsänger besteht das Müllproblem zudem fast ausschließlich aus „Altfällen aus der Nachwendezeit“. Dass das nicht stimmt, zeigt seine Antwort auf eine aktuelle Anfrage unserer Fraktion (gruenlink.de/1iqm): Allein im vergangenen Jahr kamen sechs neue illegale Müllhalden zu den bislang bekannten weit über hundert im Land hinzu. Gleichzeitig wachsen die schon bestehenden Berge, denn: Müll zieht Müll an.

Vogelsänger wollte das Thema zur Chefsache machen und kündigte an, in den Doppelhaushalt 2017/2018 „einen zweistelligen Millionenbetrag für die weitere Beräumung von Abfalllagern“ einzuplanen. Es wurden nur 2,4 Millionen. Bis heute hat das Umweltministerium es nicht geschafft, sich einen Überblick über den illegalen Müll in Brandenburg zu verschaffen – vor allem dessen Inhalt und eine mögliche Gefährdung sind bisher unklar.

Wir brauchen aber eine echte Gefährdungsabschätzung, damit AnwohnerInnen wissen, welche Stoffe im Boden schlummern und welche Gefahren davon ausgehen. Die Untersuchung kostet Personal und Geld, und das muss in den nächsten Haushalt. Wir wollen Transparenz darüber herstellen, wie teuer eine Beräumung der Halden ist, und dass die VerursacherInnen dafür geradestehen müssen, nicht die SteuerzahlerInnen. Wir fordern außerdem, dass Land und Landkreise künftig Hand in Hand zusammenarbeiten, statt die Verantwortung auf den jeweils anderen abzuwälzen. Dafür legen wir auch weiterhin den Finger in die Wunde, fragen nach und mahnen an. Denn so, wie es ist, kann es nicht bleiben: brandgefährlich!

GRÜNE GRAFIK SPARGEL UNTER FOLIE



Unsere parlamentarische Anfrage „Spargelanbau unter Folie in europäischen Schutzgebieten“ und die Antwort der Landesregierung: gruenlink.de/1hw7 (PDF-Datei)

Jedes Jahr essen die Brandenburgerinnen und Brandenburger mehr Spargel – am liebsten den, der direkt vor unserer Haustür wächst. Um die Saison möglichst früh einläuten zu können, setzen inzwischen die allermeisten Spargelbäuerinnen und Spargelbauern auf einen Anbau unter Folie. Diese „Folienmeere“ sehen nicht nur unschön aus – ihre Produktion belastet auch die Umwelt. Nach der Nutzung bilden sie riesige Müllberge. Und: Sie rauben vielen Insekten den Lebensraum – und damit den Vögeln die Nahrungsgrundlage. Die Folge: Immer mehr Arten sterben aus. Dennoch hat das SPD-geführte Brandenburger Umweltministerium bis heute nichts gegen das Problem unternommen. Im Sommer wurde bekannt, dass deswegen nun ein Vertragsverletzungsverfahren der EU droht.

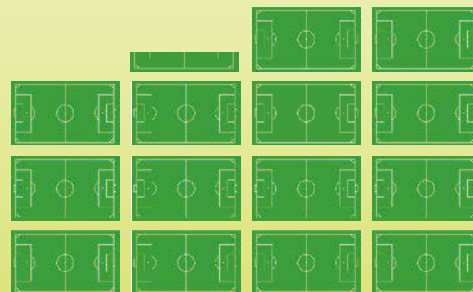
SPARGELANBAU IN SCHUTZGEBIETEN

Ein Fußballfeld in unserer Grafik steht für 100 reale Fußballfelder

2007



2017



Zwischen 2007 und 2017 hat der Spargelanbau in Natura-2000-Schutzgebieten – in denen gefährdete Lebensräume und Arten geschützt werden sollen – um fast 60 Prozent zugenommen. Entsprach die Anbaufläche 2007 schon 900 Fußballfeldern, waren es 2017 bereits mehr als 1400. Nach Branchenangaben werden in Brandenburg mehr als 90 Prozent der Spargelfelder mit Folie abgedeckt.

QUER EINGESTIEGEN, GUT AUSGEBILDET



Brandenburg braucht Lehrerinnen und Lehrer. Um den Bedarf zu decken, wurden auch in diesem Schuljahr wieder Menschen ohne klassische Berufsausbildung, sogenannte QuereinsteigerInnen oder SeiteneinsteigerInnen, eingestellt. Bei den 1114 unbefristeten Einstellungen zum Schuljahresbeginn machte ihr Anteil 26 Prozent (269) aus, bei den 553 befristet Eingestellten sogar 75 Prozent (413). Sie werden besonders häufig in Grund- und Oberschulen eingesetzt – vor allem in ländlichen Regionen. So gibt es schon Schulen mit mehr als 50 Prozent SeiteneinsteigerInnen im Kollegium. Mindestens noch bis zum Jahr 2025 werden zu wenige voll ausgebildete LehrerInnen in Brandenburg für Neueinstellungen zur Verfügung stehen.

Seit beinahe zehn Jahren warnen wir schon vor dem drohenden LehrerInnen-Mangel. Doch das SPD-geführte Bildungsministerium reagierte viel zu spät. Ein lange von uns gefordertes Konzept für den Seiteneinstieg wurde von Bildungsministerin Ernst in diesem Frühjahr vorgelegt. Es enthält zwar einen dreimonatigen Vorbereitungskurs für SeiteneinsteigerInnen vor Unterrichtsantritt, aber der startet erst im November für das zweite Schulhalbjahr des laufenden Schuljahres. Für die jetzt eingestellten SeiteneinsteigerInnen gibt es dieses Angebot nur berufsbegleitend. Die Zahl an Studienplätzen für Lehramt an der Universität Potsdam wird erst jetzt nennenswert erhöht. Diese AbsolventInnen erreichen in frühestens sechs Jahren die Schulen.



In manchen Brandenburger Schulen hat mehr als die Hälfte der LehrerInnen keine klassische Berufsausbildung

Seiten- und QuereinsteigerInnen können eine Bereicherung für die Schule sein, denn viele bringen Erfahrungen aus ihrer Berufspraxis mit ins Klassenzimmer. Das Brandenburger Modell sieht allerdings vor, dass sie schon nach 15 Monaten unbefristete Verträge erhalten können. LehrerInnen brauchen aber eine gute Ausbildung und sollen alle die Chance dazu erhalten. Wir erwarten, dass sie vor, während und nach dieser Einstiegsphase so qualifiziert werden, dass sie fachlich und didaktisch bundesweit anerkannte pädagogische Standards erfüllen. Dafür müssen Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote, Beratung und Unterstützung erheblich ausgebaut und qualifiziert werden. So sollen möglichst viele SeiteneinsteigerInnen einen vollwertigen Lehramtsabschluss erhalten. Gleichzeitig wollen wir das „Team Schule“ durch zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit, Verwaltung und Betreuung von Informationstechnik stärken. Dadurch werden LehrerInnen entlastet und können sich stärker auf den Unterricht konzentrieren.

ZWISCHEN NEUEM MINISTER UND KOHLEKOMMISSION



Überraschend hatte Ministerpräsident Dietmar Woidke Ende August bekanntgegeben, dass der Präsident der Cottbuser Universität, Professor Jörg Steinbach – bis dahin auch Aufsichtsratsmitglied des Braunkohleverstromers LEAG –, neuer Wirtschaftsminister werden soll. Große Veränderungen bei der Kohlepolitik der rot-roten Landesregierung sind nicht zu erwarten; so stellte Steinbach bereits in seiner Vorstellungsrede klar, dass ein zügiger Kohleausstieg mit ihm nicht zu machen sei.

In Berlin hat indessen die Kohlekommission ihre Arbeit aufgenommen. Bis Ende des Jahres soll das Gremium ein Datum für den Kohleausstieg festlegen und Empfehlungen für Maßnahmen zur sozialen und strukturellen Entwicklung in den Braunkohleregionen abgeben. Ob die 28 stimmberechtigten Kommissionsmitglieder die hohen Erwartungen allerdings auch erfüllen werden, steht noch in den Sternen. Zu verschieden sind ihre Interessen.

Das zeigt sich allein bei den zwei Mitgliedern aus Brandenburg: Während sich die Tagebaurandbetroffene Hannelore Wodtke (Grüne Zukunft Welzow) klar gegen neue Tagebaue und für ein zeitnahe Ende der Braunkohle einsetzt, steht Christine Herntier, Bürgermeisterin von Spremberg und Sprecherin der sogenannten Lausitzrunde, dem Braunkohleausstieg skeptisch gegenüber. So überrascht auch nicht die enge Verbindung der Lausitzrunde zum Verein „Pro Lausitzer Braunkohle“. In der Vergangenheit ließ man sich nicht nur von deren Pressesprecher die Website gestalten, sondern es gab auch „Unterstützung“ bei der Pressearbeit durch die Pro-Kohle-Lobby.

Ein Verein übrigens, der uns Bündnisgrüne erst vor kurzem als „Aasgeier“ bezeichnete.

Ungeachtet dessen gehen viele ExpertInnen davon aus, dass der Kohleausstieg in Brandenburg ohnehin besiegelt ist: Die noch laufenden Tagebaue sind absehbar ausgekohlt – Jämschwalde bis 2023 und Welzow I bis 2033. Unwahrscheinlich ist zudem, dass der neue Tagebau Welzow Süd II noch aufgeschlossen wird. Gründe dafür sind die zunehmende Unwirtschaftlichkeit der Kohle und die Tatsache, dass der unflexible Kohlestrom im neuen Energiesystem schlicht nicht mehr gebraucht wird.

Immer noch mit leeren Händen steht die Landesregierung bei der Frage da, wie der Strukturwandel in der Lausitz konkret gemeistert werden kann. Unsere Fraktion wirkt auch hier als Antreiberin. Erst Ende September haben wir dazu erneut einen umfangreichen Antrag vorgelegt: Vom Ausbau des mobilen Internets bis zur Verbesserung der Bahninfrastruktur werden Schritte dafür vorgeschlagen, wie der Strukturwandel für eine lebenswerte „Lausitz 2030“ gestaltet werden könnte.



Demonstrationen während einer Sitzung der Kohlekommission

VON DER STRASSE AUF DIE SCHIENE



Nur 15 Prozent des Güterverkehrs werden in Brandenburg umweltfreundlich über die Schiene transportiert, 85 Prozent dagegen auf der Straße. Wenig verwunderlich: Denn obwohl die EU das Ziel vorgibt, dass bis zum Jahr 2030 30 Prozent des Straßengüterverkehrs über 300 km auf andere Verkehrsträger verlagert werden sollen, wird die Schiene gegenüber der Straße permanent politisch benachteiligt. So sinken Maut- und Kraftstoffpreise, während die Kosten für Trassen und Strom im Bahnnetz in den letzten Jahren gestiegen sind.

Es gibt viele gute Gründe dafür, Güter mit dem Zug zu transportieren: Dabei entstehen weitaus weniger gesundheits- und klimaschädliche Emissionen wie Feinstaub oder CO₂ – und weniger Unfälle. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres gab es auf Brandenburgs Straßen knapp 5.500 Unfälle, an denen Lkw und Busse beteiligt waren. 16 Menschen kamen dabei ums Leben. Nach Angaben der Polizei wird jeder sechste Unfall in Brandenburg durch einen Laster verursacht. Gleichzeitig, das hat eine Anfrage unseres verkehrspolitischen Sprechers Michael Jungclaus gezeigt (gruenlink.de/1irt, PDF-Datei), wurden die Lkw-Kontrollen von 2009 bis 2017 um die Hälfte reduziert – und das, obwohl bei zwei Dritteln aller kontrollierten Fahrzeuge und FahrerInnen Verstöße festgestellt wurden!

Fahruntüchtige Lkw, übermüdete FahrerInnen und Busse mit abgefahrenen Reifen sind tickende Zeitbomben und haben auf unseren Straßen nichts verloren. Die Kontrollen werden auch dadurch erschwert, dass aufgrund übervoller Rastanlagen dort schlicht kein Platz mehr für diese ist. Die Umsetzung des bundesweiten Rastanlagenkonzepts in Brandenburg ist gescheitert. Autobahnen wurden gebaut oder ausgebaut, ohne dabei in gleichem Maße für Tank- und Rastanlagen zu sorgen. Die Verlagerung von der Straße auf die Schiene ist im Koalitionsvertrag festgelegt. Wir fordern die rot-rote Landesregierung auf, dieses Versprechen nun auch umzusetzen und ein entsprechendes Maßnahmenpaket zu schnüren. Aus einer Expertenanhörung im Verkehrsausschuss lassen sich zahlreiche Initiativen ableiten. Diese haben wir gebündelt und in einen Antrag (gruenlink.de/1g7l, PDF-Datei) gegossen, der gerade im Verkehrsausschuss verhandelt wird.

Er sieht unter anderem ein landeseigenes Förderprogramm für nichtbundeseigene Eisenbahnen zum Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur vor, außerdem eine stärkere Priorisierung der Schieneninfrastruktur bei zukünftigen Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan und die Schaffung eines Beratungsangebots für die Umstellung logistischer Prozesse auf die Schiene. Wir fordern darüber hinaus, dass sich die Landesregierung im Bundesrat und in der Verkehrsministerkonferenz für eine Stärkung der Schiene einsetzt – insbesondere für eine durchgängige Elektrifizierung sowie einen gezielten Infrastrukturausbau.

„KLARE VORGABEN FÜR ARTGERECHTE TIERHALTUNG“



Winfried Böhmer engagiert sich seit Jahren ehrenamtlich für Umwelt- und Naturschutz – unter anderem im Braunkohlensausschuss, im Aktionsbündnis Klare Spree und für den Schutz unserer Störche. Der Stadt- und Kreisabgeordnete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde 2016 mit dem Verdienstorden des Landes Brandenburg ausgezeichnet. Wir haben mit ihm über die größte Schweinemastanlage im Land in Tornitz gesprochen.

Welche Probleme bringt die Mega-Schweinemastanlage mit sich?

Die Anwohnerinnen und Anwohner sind unmittelbar durch den Gestank aus der Anlage und die großen Mengen an ausgebrachter Gülle sowie das hohe Verkehrsaufkommen betroffen. Der bestehende Kiefern-„Schutzwald“ ist durch Abluft aus der Anlage weitgehend geschädigt. Große Sorgen bereiten die Belastung des Grundwassers mit Nitrat und die Gefahr der Verbreitung von multiresistenten Keimen. Viele Bürgerinnen und Bürger kritisieren die Haltungsbedingungen und lehnen eine Erweiterung der Anlage ab. Die Stadtverordneten sollten einen Bebauungsplan zur Erweiterung der Anlage ablehnen und damit die Zunahme von Transporten und Güllemengen unterbinden. Die Anlage befindet sich zwischen den Tourismusgebieten Spreewald und Lausitzer Seenland, was dem Image des Gebietes keineswegs gut tut.

Was muss die rot-rote Landesregierung, was der Landkreis tun, um die Zustände zu verbessern?

Die Landesregierung sollte endlich klare Vorgaben für eine artgerechte Tierhaltung beschließen und eine Massentierhaltung in solchen Größenordnungen verbieten. Die Förderung für die Errichtung

und den Ausbau solcher Tierfabriken sind einzustellen. Der Landkreis muss die Anlage mindestens zwei Mal im Jahr unangemeldet kontrollieren und Missstände konsequent ahnden. Darüber hinaus müssen Land und Kreis gegen die festgestellte Grundwasser-verseuchung vorgehen. Durch die hohe Gülleausbringung sind erhöhte Konzentrationen von Ammonium, Nitrit und Nitrat festgestellt worden.



Winfried Böhmer

© Winfried Böhmer privat

Die größte Schweinezucht und -mastanlage Brandenburgs

gehört der Bolart GmbH und steht in Tornitz im Spreewald. In der Anlage ist die Haltung von 51.594 Tieren zugelassen. 2013 beantragte der Betreiber eine Aufstockung auf 67.330 Tierplätze. Diese wurde vom Landesamt für Umwelt im Februar 2015 genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Betreiber nach uns vorliegenden Informationen seine Tierzahlen jedoch längst aufgestockt (Januar 2015: 63.940 Tiere). Die Erweiterungsgenehmigung haben der NABU und die Bürgerinitiative Schweinewind erfolgreich juristisch angefochten, das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat im Mai dieses Jahres das Urteil des Verwaltungsgerichtes Cottbus bestätigt. Der Betreiber hält jedoch an der Planung fest, die Anlage zu erweitern. Die Stadtverordnetenversammlung Vetschau wird sich in Kürze mit einer Beschlussvorlage zur Aufstellung eines Bebauungsplans zur Erweiterung der Schweinemastanlage beschäftigen.

Weitere Infos unter gruenlink.de/1i2j (PDF-Datei)

REGIONAL, BITTE!

Weitere Infos in unserer parlamentarischen
Anfrage zu regionalen Lebensmitteln:
gruenlink.de/1gir

Lebensmittel aus der Region sind sehr beliebt in Berlin und Brandenburg – so beliebt, dass Regionalität das zweitwichtigste Kaufkriterium ist. Leider übersteigt die Anfrage aber immer noch das Angebot. Wir wollen das ändern und setzen uns dafür ein, dass der Obst- und Gemüseanbau hierzulande vielfältiger wird – und dass der Anteil regionaler und biologisch erzeugter Lebensmittel in Kantinen, Kitas, Schulen und Seniorenheimen erhöht wird. Außerdem fordern wir, dass eine zertifizierte Regionalkennzeichnung („Made in Brandenburg“) eingeführt wird. Und, dass die bestehenden Förderprogramme für regionale Lebensmittel überprüft und, wenn nötig, überarbeitet werden.

Zutaten für 4 Personen

500 g Kartoffeln • 3 Äpfel • Bratöl • Ahornsirup • Fruchtmus von dunklem Obst (z. B. Schwarze Johannisbeeren, Brombeeren, Kirschen, Blaubeeren) • Salz

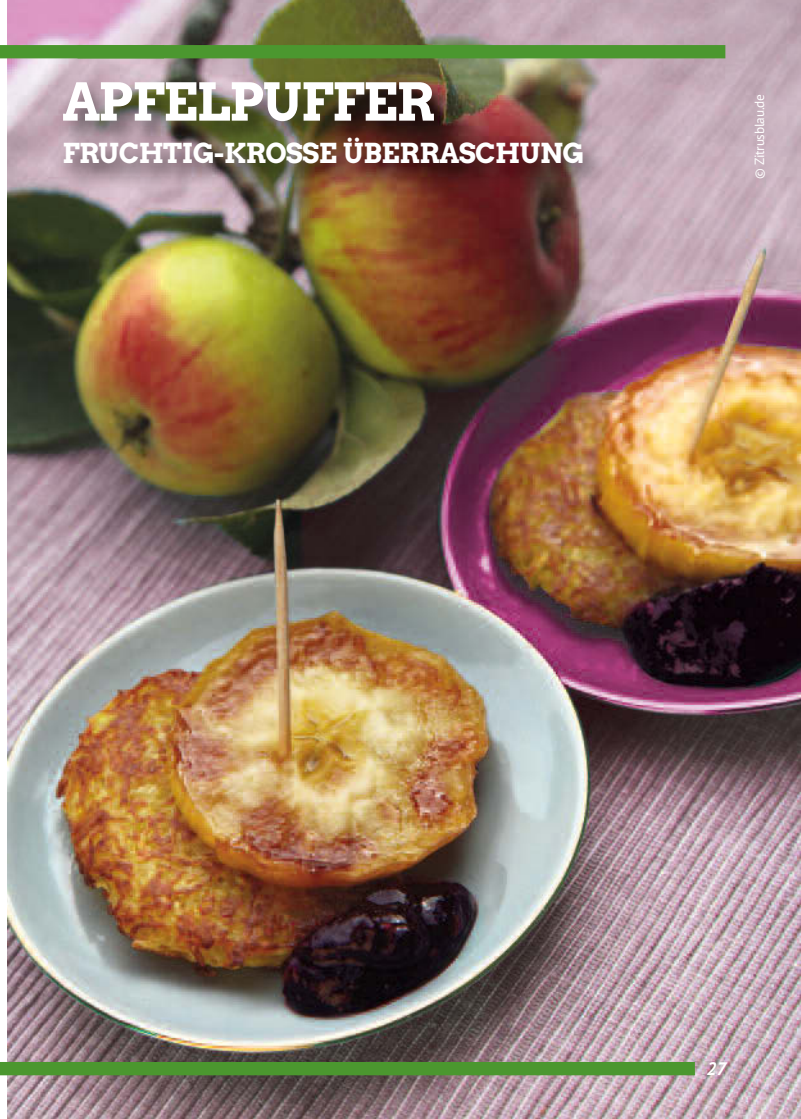
Zubereitung

Kartoffeln schälen und mit der feinen Reibe klein reiben. Äpfel in ca. ½ cm dicke Scheiben schneiden, ruhig mit Kerngehäuse, das sieht nachher hübsch aus. Die Äpfel in der Pfanne in Öl von einer Seite leicht anbraten. Etwas Ahornsirup draufgeben, wenden und von der anderen Seite goldbraun braten. Etwas Salz an den Kartoffelbrei geben und kleine Puffer im Öl ausbacken. Puffer und Äpfel gemeinsam anrichten und mit etwas Fruchtmus servieren.

APFELPUFFER

FRUCHTIG-KROSSE ÜBERRASCHUNG

© Zitrusblau.de



Dir Dein Tattoo!

st auf ein niedliches

Hier trifft sich Brandenburg: Unter dem Motto „Leinen los“ kamen Ende August 80.000 Menschen zusammen, um in Wittenberge den Brandenburg-Tag zu feiern. Auch unsere Fraktion war mit einem Stand beim Landesfest vertreten. Wer Lust hatte, konnte sich bei uns ein Schwalbenschwanz- oder Laubfrosch-Tattoo aufkleben lassen und ganz nebenbei etwas über aussterbende Tierarten lernen. Oder doch lieber Schweine aus der Massentierhaltung befreien bei unserem beliebten „Schweineangel-Spiel“? Wir fanden das Fest bunt, lebendig und rundum gelungen – und freuen uns auf ein Wiedersehen beim „Tag des offenen Landtags“ am 6. April 2019!



ZUR SACHE



Deshalb will unsere Fraktion, dass drastisch weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Auch wir, dass es mehr Bio-Bauern/-Bäuerinnen gibt, denn die ohne chemische Pflanzenschutzmittel aus.



gruene-fraktion-brandenburg



GRÜNE TERMINE

• Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“

Noch bis Jahresende können sich Interessierte auf unserem Flur im Landtag eine neue Ausstellung zu den Hintergründen der NSU-Verbrechen ansehen.

• Filmreihe „Zeit für Utopien“

Wie kann Nachhaltigkeit aussehen, wie ein bewusstes Leben? Der Dokumentarfilm „Zeit für Utopien – Wir machen es anders“ will es wissen. Wir zeigen den Film an verschiedenen Orten im Land. Termine unter: gruenlink.de/1iqe

• Aktuelle Termine

Im Herbst und Winter planen wir unter anderem Fachgespräche zu den Themen Inklusion und illegale Müllhalden. Genauer es immer ganz aktuell in unserer Terminübersicht: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

Das letzte Wort hat ...

”Brandenburg ist Energieland und will seinen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten. Das geht nicht ohne Windenergie.“

Heide Schinowsky

Energiapolitische Sprecherin
heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de

”Dass Kindern und Jugendlichen in Gemeindeangelegenheiten jetzt Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte gewährt werden, in einer zunehmend von Älteren bestimmten Welt, ist eine der besten denkbaren Investitionen in die Demokratie.“

Marie Luise von Halem

Bildungspolitische Sprecherin
mlhalem@gruene-fraktion.brandenburg.de

”Rechtsextreme, fremdenfeindliche und rassistische Positionen werden heute im bürgerlichen Lager zunehmend als salonfähig erachtet. Die Trennlinie zwischen offen rechtsextremistischen und nicht extremistischen Protesten verschwimmt.“

Ursula Nonnemacher

Fraktionsvorsitzende
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

”Ein Unterpflügen von Folienresten darf nicht toleriert werden, ich möchte Plastikpartikel schließlich nicht auf meinem Erdbeerkuchen wiederfinden.“

Benjamin Raschke

Umweltpolitischer Sprecher
benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

”Die Landesregierung und mit ihr die SPD müssen beim Thema BER endlich wieder auf den Boden der Tatsachen zurückkehren und für den Luftverkehrsstandort Berlin-Brandenburg ein realistisches Ziel ansteuern.“

Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender
axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

”Um in unserer Grenzregion eine gutausgebaute, zweigleisige, elektrifizierte Infrastruktur zu schaffen und im Regional- wie im Fernverkehr attraktive Verbindungen auf die Schiene zu bringen, muss die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland deutlich verbessert werden.“

Michael Jungclauss

Verkehrspolitischer Sprecher
michael.jungclauss@gruene-fraktion.brandenburg.de

DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Schon fast 30, aber immer noch taufersch! Unsere Fraktionszeitung brandGRÜN ist wie immer randvoll mit Neuigkeiten über unsere Arbeit im Brandenburger Landtag. Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frech und handlich sein, nah an Euch und Ihnen dran.



Wer brandGRÜN viermal im Jahr kostenlos nach Hause bekommen möchte, bestellt sie hier: www.brandgruen.de



Wer brandGRÜN online lesen will: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter



Wer uns die Meinung sagen will: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

Diese Veröffentlichung informiert über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Katharina Buri
Titelbild: © Kristina Heldmann/ZITRUSBLAU
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Icons: thenounproject.com